

Kinderrechte dürfen in der Corona-Krise nicht vernachlässigt werden

Stellungnahme der Stadtversammlung der Frankfurter Katholiken



In der Corona-Krise werden nicht nur Erwachsene, sondern auch Kinder und Jugendliche massiv in ihren Rechten eingeschränkt. Die bisherigen Entscheidungen zur Lockerung allerdings wurden aus der Perspektive von Erwachsenen getroffen. Kinderrechte wie das Recht auf Bildung oder das Recht auf Freizeit und aktive Erholung bleiben eingeschränkt, während die Beschneidung anderer Grundrechte teilweise zurückgenommen wird. Es zeigt sich: Anders als in vielen Bereichen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens, die Erwachsene betreffen, gibt es für die Rechte der Kinder keine Lobby. So ist die Notbetreuung in den Kindertagesstätten und Grundschulen allein am Beruf oder der Lebenssituation der Eltern ausgerichtet, nicht an den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen selbst. Insbesondere diejenigen, die eine besondere Unterstützung benötigen, kommen zu kurz.

Aus epidemiologischer Sicht ist der Nutzen der Schließung von Kindertagesstätten und Schulen nicht gesichert, sondern wird zunehmend in Frage gestellt. Dagegen warnen Fachverbände bei fortdauernden Schließungen vor langfristigen medizinischen und entwicklungspsychologischen Schäden und weisen auf ein erhöhtes Potential zur Kindeswohlgefährdung hin, weil wichtige Frühwarnsysteme ausfallen. Gemäß der UN-Kinderrechtskonvention ist „das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der (bei allen Maßnahmen) vorrangig zu berücksichtigen ist.“ (§3, Absatz1) Eine fortdauernde Schließung von Kindertagesstätten und Schulen außerhalb einer Notbetreuung sollte deswegen dringend hinterfragt werden. Dabei müssen Expert*innen für die Belange der Kinder und Jugendlichen herangezogen werden, zum Beispiel die Betroffenen selbst oder zumindest entsprechende Interessensvertretungen.

Die Stadtversammlung der Frankfurter Katholiken plädiert daher für die schrittweise Öffnung von Spielplätzen, Kindertagesstätten und Schulen zum nächstmöglichen Zeitpunkt und die Erstellung entsprechender Schutzkonzepte. Sie unterstützt die entsprechenden politischen Initiativen.

Frankfurt, den 29.4.2020

Der Vorstand der Stadtversammlung der Frankfurter Katholiken